

Stellungnahme

Wachstumsmarkt Geo-Informationswirtschaft

■ Wachstumsmarkt Geo-Informationswirtschaft gemeinsam entwickeln

Geographische Daten und Informationen sind eine wesentliche Komponente der Wissensbasis für staatliche Einrichtungen und die Privatwirtschaft: Sie dienen als Rohstoff für alle Wirtschaftsbereiche, zum Beispiel in der Fahrzeugnavigation, der Immobilienberatung, dem Katastrophenschutz und der Netzplanung im Mobilfunk. Marktanalysen¹ prognostizieren bis 2008 bundesweit etwa 14.000 neue Arbeitsplätze in diesem Bereich bei einem Marktvolumen von mehr als 2 Mrd. Euro.

Geoinformationen haben ein hohes ökonomisches Potenzial, das zu bedeutender Wertschöpfung für Unternehmen unterschiedlichster Branchen, qualifizierten Arbeitsplätzen und hochinnovativen Produkten und Dienstleistungen entwickelt werden kann.

Die ITK-Industrie kann dank ihrer Technologien und Anwendungen entsprechende Lösungen zu entwickeln. Als Basis für solche Lösungen müssen jedoch die Geodaten erhoben, bereitgestellt, gepflegt, verarbeitet und präsentiert werden – entweder von einer staatlichen oder privaten Einrichtung.

Bislang bleibt das Wirtschafts- und Arbeitsplatzpotenzial für Geoinformationen jedoch seit Jahren weit hinter den Erwartungen zurück. Das von Politik und Wirtschaft gemeinsam verfasste Memorandum der Kommission für Geoinformationswirtschaft² führt alle essenziellen Punkte an. Die öffentliche Hand und die beteiligten Wirtschaftszweige sollten das Memorandums zügig gemeinsam umsetzen.

■ Hemmnisse auf Seiten der öffentlichen Hand systematisch abbauen

Geodaten werden derzeit überwiegend innerhalb des öffentlichen Bereichs und hier nicht prozessübergreifend genutzt. Das liegt zum einen daran, dass es sehr viele unterschiedliche Ansprechstellen und damit sehr viele unterschiedliche Vorgehensweisen, Nutzungs- und Vertragsbedingungen sowie Gebührenordnungen gibt. Zudem werden die Gesetzesvorgaben des Bundes in Bund, Ländern und Kommunen unterschiedlich umgesetzt.

Die mangelnde Transparenz zwischen Bund, Ländern und Kommunen hat dazu geführt, dass die Privatwirtschaft begonnen hat, ihren Bedarf an Geodaten durch eigene Erhebungen zu decken. Hinzu kommt, dass weder die öffentlichen noch die privaten Geodaten bundeseinheitlich

¹ Der Markt für Geoinformationen: Potenziale für Beschäftigung, Innovation und Wertschöpfung, MICUS Management Consulting GmbH, Studie im Auftrag des BMWA, Januar 2003

² Memorandum der Kommission für Geoinformationswirtschaft, BMWA, 15. April 2005

erhoben werden. Damit entsteht ein zunehmender Wildwuchs an individuellen, nicht standardisierten Datenbeständen, Medien und Qualitäten. Prozesse und Produkte sind bislang nicht standardisiert.

Die Folgen: Ein reibungsloser, medienbruchfreier Austausch der unterschiedlichen Geodaten zwischen öffentlichen Einrichtungen und / oder Unternehmen wird erschwert. Potentiellen Anwendern können die Informationen nicht bedarfsgerecht zur Verfügung gestellt werden. Die technischen Lösungen sind teuer und risikoreich – und zwar für alle Beteiligten.

Außerdem arbeiten Verwaltungen zunehmend grenzüberschreitend zusammen, vor allem innerhalb der Europäischen Union. Eine rein nationale und branchenspezifische Geodatenmodellierung ist deshalb nicht mehr zeitgemäß und würde mittelfristig zusätzliche Schwierigkeiten verursachen.

Hinzu kommt, dass die Öffentliche Hand ebenfalls als Anbieter von Geo-Informationen und -Anwendungen auftritt. Sie ist somit Konkurrent zur privaten – insbesondere der mittelständischen – Wirtschaft unter oftmals nicht objektiven Wettbewerbsbedingungen.

Um die Hemmnisse zu beseitigen und die Potenziale des Geo-Informationsmarktes zu mobilisieren, muss die Politik ihre Führungsrolle wahrnehmen und neue Impulse für diesen Markt setzen. Dabei sollte es eine klare Rollenverteilung zwischen Öffentlicher Hand und privater Wirtschaft geben. Die Neuordnung sollte insbesondere folgende Punkte berücksichtigen:

- Die Zuständigkeiten in der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Verwaltung sollten geklärt und verbessert werden
- Die Geobasisdaten sollen auf allen staatlichen Ebenen einheitlich erhoben und – inklusive der Nutzungsbedingungen – einheitlich und kostenlos bereit gestellt werden
- Die wirtschaftliche Einführung von Geoinformationssystemen-Anwendungen in den Verwaltungen erfordert (semantische) Interoperabilität
- Die Daten sollten standardisiert beschafft und aufbereitet werden
- Die Datenmodellierung für die Datenaustauschformate sollte nicht immer wieder bei Null anfangen, sondern vorhandene bewährte Strukturen verwenden, die möglichst als offene Standards vorliegen.
- Die europäische und weltweite Perspektive sollte von Anfang an beachtet werden
- Der Sprachgebrauch im Bereich der Geoinformationssysteme (GIS) sollte vereinheitlicht werden

■ **Zentrale GeoClearingStelle Deutschland einrichten**

Die beschriebenen Hemmnisse und die föderale Struktur des Marktes für öffentliche Geobasisdaten erfordern aus BITKOM-Sicht eine zentrale, länderübergreifende Koordination durch eine GeoClearingStelle Deutschland (GCS-D).

Eine GeoClearingStelle Deutschland sollte als öffentliche Einrichtung den Zugang zu amtlichen Geobasisdaten regeln und gewährleisten. Der Bund sollte ein Projekt zum Aufbau der GeoClearingStelle Deutschland aufzusetzen und darin deren zentralen Aufgaben wie folgt berücksichtigen:

- Sie ist zentraler Partner der Erzeuger und Nutzer von Geodaten

- Sie ist Vertragspartner für einheitliche Nutzungsvereinbarungen, Preisgestaltung und Nutzungsrechte
- Sie verpflichtet sich, aktuelle Geoinformationen bereitzustellen
- Sie informiert verbindlich, welche Geoinformationen verfügbar sind
- Sie stellt die benötigte Geoinformationen mit Angaben zu Art und Güte bereit
- Sie stellt die Qualität, Aktualität, Vollständigkeit und Verfügbarkeit der Daten sicher
- Sie standardisiert die Datenerhebung
- Sie führt Prozess- und Produktstandards ein
- Sie erfasst und harmonisiert die Nutzungsanforderungen

BITKOM bietet jederzeit gerne die Zusammenarbeit und ITK-Kompetenzen seiner Mitgliedsunternehmen an, um das Rollenverständnis einer solchen Stelle weiter zu klären und Projektpartner zu vermitteln.

Informationen zu BITKOM

Der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. vertritt 1.300 Unternehmen mit etwa 120 Milliarden Euro Umsatz und 700.000 Beschäftigten. Hierzu zählen Produzenten von Endgeräten und Infrastruktursystemen sowie Anbieter von Software, Dienstleistungen, neuen Medien und Content. Der BITKOM setzt sich insbesondere für bessere ordnungsrechtliche Rahmenbedingungen, eine Modernisierung des Bildungssystems und eine innovationsorientierte Wirtschaftspolitik ein.

Berlin, 11. August 2005